Deutsche Rundschau
in Polen
früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 1950 Mk., monatl. 660 Mk. In den Ausgabestellen viertelj. 1800 Mk., monatl. 600 Mk. Bei Postbezug viertelj. 1980 Mk., monatl. 660 Mk. In Deutschland unter Streifband monatl. 100 Mk. deutsch.— Einzelnummer 40 Mk. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 34 mm breite Kolonelzeile 30 Mk., für die 90 mm breite Reklamezeile 350 Mk. Ausland, Oberschlesien und Freistaat Danzig 10 bzw. 40 deutsche Mk. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten- und Auskunftsgebühr 200 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 197. Bromberg, Sonnabend den 23. September 1922. 46. Jahrg.

Die polnische Presse und der Minderheitenblock.

II.

Etwas anders faßt die „Prawda", das Organ der nationalen Arbeiterpartei die Schöpfung des Minderheitenblockes auf.

Sie schreibt in ihrer Nr. 297:

„Aus kompetenten Abgeordnetenkreisen erhalten wir folgende Aufklärung über die wichtige Angelegenheit des Minderheitenblockes. Es ist bei uns eine Tatsache eingetreten von außergewöhnlicher Bedeutung: Die Vertreter aller nichtpolnischen Nationalitäten haben sich zu einem Wahlblock zusammengeschlossen. Es werden also die Deutschen, Juden, Ukrainer, Weißrussen und Russen, die nach der Volkszählung vom September 1921 8 Millionen Köpfe stark sind, oder ungefähr 30 Prozent, in geschlossener Reihe zur Wahlurne gehen. Es gibt auf dem Erdenrund keinen Staat, der nicht, wenn auch nur einen geringen Prozentsatz, fremde Nationalitäten beherbergte. Andererseits gibt es aber Staaten, wie z. B. die Tschechoslowakei, in denen der Prozentsatz fremder Nationalitäten sehr stark ist, sogar 50 Prozent überschreitet. Ein ähnliches Faktum aber wie in Polen, kann die Geschichte nirgends feststellen.

Überall nämlich lassen es die Regierungen bzw. die regierenden Nationen durch eine entsprechende Taktik zu solchen Dingen garnicht kommen. Die Tatsache einer gemeinsamen Manifestation gegen die regierende Nation und gegen den von dieser Nation dargestellten Staat (? D. R.) ist einzig und allein in Polen eingetreten. Und unmittelbare Ursache dieses in der Geschichte der Staaten unerhörten Ereignisses ist die vom Sejm am 28. Juli 1922 beschlossene Wahlordnung zum Sejm und zum Senat. Allerdings nicht die ganze Wahlordnung, sondern nur bestimmte Artikel daraus. Der Stein des Anstoßes für die nationalen Minderheiten ist zunächst Art. 95 der Wahlordnung, im besonderen seine Konstruktion. Dieser Artikel führt aus, daß für die Staatslisten vor allem die Parteien in Betracht kommen, die die meisten Abgeordneten im ganzen Staate durchbringen. Je weniger eine Partei in den Wahlbezirken Mandate erreicht, desto weniger oder auch garnicht wird sie von der Staatsliste Vorteil ziehen. Die ganze Wahlordnung, insbesondere der genannte Art. 95, sind zum Besten der großen Parteien in Polen „gebaut" worden. Der rechte Block im Sejm, die sogenannte Nationaldemokratie und die unter ihrer Führung gehende christliche Demokratie des Pfarrers Adamski sowie die Demokratie des Herrn Dubanowicz haben sehr einfach argumentiert: Mit Hilfe der ungeheueren Millionen von Mark, mit Hilfe einer Agitation, die in ihren Mitteln nicht wählerisch ist, mit Hilfe der Kanzel — werden sie die entsprechende Anzahl der Mandate erringen. Es wurde also beschlossen, die kleineren Parteien zu ertränken, im besonderen die Arbeiterparteien, die weder Millionen noch eine falsche Ethik, noch die Kanzel zur Verfügung haben, und den berühmten Art. 95 so zu konstruieren, damit man überhaupt ohne Wahl (für die Staatslisten wird kein Bürger seine Stimme abgeben) den Löwenanteil an Mandaten von den Staatslisten einzuheimsen vermag.

Als die Vertreter der nationalen Arbeiterpartei sowohl im Verfassungsausschuß als auch im Plenum des Sejm mit allen Kräften diese von Grund aus falsche und staatsfeindliche Auffassung bekämpften, wurden wir regelmäßig überstimmt. Wir haben schon im Sejm während der Debatten über die Wahlordnung die Aufmerksamkeit des sogenannten nationalen Blocks, das ist der Rechten, darauf gelenkt, daß die in diesem Sinne forcierte Wahlordnung für den Staat und die Nation die fatalsten Folgen haben könne: Sie wird nämlich alle nationalen Minderheiten zwingen, eine gemeinsame Front gegen die Polen zu bilden, und eine große und gemeinsame Partei ins Leben rufen. Und das wird sowohl im Lande, wie auch jenseits der Grenzen einen unerwünschten Eindruck machen.

Zudem war es ein öffentliches Geheimnis, daß die Verhandlungen über den Minderheitenblock schon im Sejm begonnen haben. Die Gründung dieses Blocks ist durch den Wortlaut des Art. 95 bedingt. Von dem allem war unsere Rechte genau unterrichtet. Ihr Haß gegen die polnischen Parteien, die der Zahl nach geringer sind, besonders gegen die Arbeiterparteien, war so groß, daß man auf das Wohl des Staates und der Nation keine Rücksicht nahm und nur die engen Parteiinteressen berücksichtigte.

Wenn wir also heute in Polen einen Wahlblock aller unserer Juden, Deutschen, Moskowiter, Weißrussen und Ruthenen haben, so verdanken wir das vor allem der Politik der rechten Sejmparteien. Wenn in den kommenden Sejm eine große Anzahl von Juden, Deutschen, Russen, Ruthenen und Weißrussen einziehen werden, können sie sich bei der Nationaldemokratie und ihren christlich-demokratischen Freunden für ihre engherzige Parteipolitik dafür bedanken."

Wie alle nationalen Parteien, faßt leider auch die nationale Arbeiterpartei fälschlich den Minderheitenblock als eine „Manifestation gegen die regierende Nation und gegen den von dieser Nation dargestellten Staat" auf. Sie verfällt hier also in den Grundirrtum unserer „Herrschernation". Der Minderheitenblock ist, liebe „Prawda", gar keine Manifestation gegen den Staat, sondern, wie du sehr richtig etwas später bemerkst, durch den famosen Artikel 95 und noch andere, sehr viele Artikel der berühmten Wahlordnung vom 24. Juli 1922 bedingt und herausgefordert, die, sehr richtig bemerkt, „zum Besten der großen Parteien in Polen gebaut worden sind". Das ist die „Prawda", liebe „Prawda"! Aber absolut falsch, also keine „Prawda" ist es, wenn du meinst, daß der polnische Staat von „dieser Nation allein dargestellt wird". Wir nationale Minderheiten stellen mit euch zusammen den polnischen Staat dar, genau so gut wie ihr, gemäß der Konstitution. Und ebenso falsch ist demnach die Behauptung, daß wir „gegen den Staat" arbeiten, wenn wir uns gegen die Machenschaften der nationalen großen Parteien wehren. Eine uns von diesen aufgezwungene Notwehr ist der Minderheitenblock und sonst gar nichts, eine Notwehr im Kampf für unsere Rechte. Das der Wahrheit (prawda) zur Ehre!

Aus dem Sejm.

550 Milliarden Defizit. — Eine neue Notenemission.

Warschau, 22. September. (Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.) Das wichtigste Ereignis der gestrigen Sitzung und überhaupt der Schlußsession des Sejm war das Finanzprogramm des Finanzministers Jastrzębski. Zunächst rauschten etwas erschreckende Zahlen über die Köpfe der Abgeordneten hin: Das Budget des laufenden Jahres, das Michalskis Entwurf mit einem Defizit von 130 Milliarden abschloß, wird tatsächlich ein Defizit von 550 Milliarden aufweisen, denn den Ausgaben von 1155 Milliarden stehen nur Einnahmen von 603 Milliarden gegenüber.

Außerdem beantragte der Minister die Genehmigung für eine neue Notenemission, womit der Umlauf der Noten auf rund 500 Milliarden anwachsen dürfte. Damit war das Unangenehmste gesagt, und man konnte zu dem Zukunftsausblick übergehen, nachdem noch festgestellt worden war, daß Polen schon einen ganz ansehnlichen Schatz an Edelmetallen und Devisen besitzt (100 Millionen Goldfrank und 150 Millionen gleichwertige Papierfrank), die ungefähr die ausländischen Verpflichtungen Polens zu decken vermögen.

Achtung, deutsche Wähler, seht die Wählerlisten vom 14. bis 27. September ein!

Für Bromberg Stadt liegen die Wählerlisten im Statistischen Amt, ul. Grodzka 32, aus.
In Zweifelsfällen wende man sich an den Obmann des Deutschtumsbundes.

Der Grundgedanke der Pläne des jetzigen Finanzministers ist die Flüssigmachung dieses brach liegenden Gold- und Devisenvorrats für das eigene Wirtschaftsleben. Den Weg hierfür haben wir schon neulich gekennzeichnet. Es soll eine innere Anleihe aufgenommen werden, die zur Hälfte in Mark und zur Hälfte in Zloty lautet und ebenso in beiden Valuten verzinst wird.

Das weitere Programm sieht vor allem eine Erhöhung der Steuern sowie eine Neuorganisation der Steuervorschriften und des Steuerapparats vor. Zunächst wird eine zwanzigfache Erhöhung der Grundsteuer gefordert. Die weiteren Steuerpläne erfordern natürlich eine lange Vorbereitung ebenso wie die Einführung der Guldenvaluta, für die der Minister noch drei bis fünf Jahre vorsieht.

Ein drittes Mittel für die finanzielle Besserung sieht der Minister in der Hebung der Ausfuhr, die an Zucker, Kartoffeln, Roggen und Vieh reichlich möglich, aber zunächst wegen Mangels an Transportmitteln in dem möglichen Umfange nicht durchführbar ist.

Der Sejm nahm die Ausführungen des Finanzministers sehr ruhig ohne jeglichen Beifall auf und in eine Diskussion wurde nicht eingetreten. Es ist möglich, daß die Diskussion überhaupt wegfällt, denn allgemein scheint das Gefühl vorzuherrschen, daß erst die Herbstwahlen und der Charakter der künftigen Regierung darüber urteilen sollen, ob ein Eingehen auf die Einzelheiten des jetzigen Finanzprojektes lohnend und zweckmäßig ist.

Im übrigen brachte die Sejmsitzung nicht viel Interessantes. Zur Wahlordnung wurden einige Änderungen beschlossen. Nach Art. 2 gibt es jetzt die Möglichkeit, auch außerhalb des Wohnsitzes zu stimmen, wenn berufliche Gründe einen anderen Aufenthalt bedingen. Ferner wurden die Befugnisse des Wahlkommissars etwas erweitert und für die sich nicht zur Verfügung stellenden Mitglieder der Wahlkommission das Strafgeld von 20 000 auf 200 000 Mark erhöht. Endlich wurde festgesetzt, daß die Gemeinden der Regierung die Kosten der Wahlformulare zurückzuerstatten haben.

Eine lange Debatte löste der Gesetzentwurf über die Führung des Ingenieurtitels aus. Sie endete damit, daß man sich dahin einigte, nicht zwei Titel für akademisch Gebildete und für Absolventen technischer Mittelschulen zu schaffen, sondern den Ingenieurtitel für Absolventen der technischen Hochschule zu gestatten. Die widerrechtliche Führung dieses Titels wird mit einer Geldstrafe bis zu ½ Million Mark geahndet.

Die Sitzung schloß trotz des kürzlichen Beschlusses des Seniorenkonvents, nach welchem keine Streitfragen mehr in der Schlußsession vorkommen sollten, mit großer Unruhe und Lärm. Der Grund war der Antrag der Rechten, das neue Mieterschutzgesetz auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, die Linke widersetzte sich dem Antrage, da das Gesetz eine Streitfrage sei, also von dem jetzigen Sejm nicht mehr erledigt werden dürfe.

Vor den Wahlen.

Entwurf einer Novelle zur Wahlordnung.

Die „Gazeta Warszawska" meldet:

Weil Fälle vorgekommen sind, daß Mitglieder der Stimmbezirkskommissionen abgelehnt haben, die ihnen übertragene Tätigkeit zu erfüllen, so wird die Regierung in der Septembersitzung des Sejm den Entwurf einer Novelle zur Wahlordnung vorlegen, der die Organisation der Stimmbezirkskommissionen betrifft.

Danziger Börse am 22. September
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)
Poln. Mark 18,50 Dollar 1370
Amtliche Devisenkurse des Vortages siehe Handels-Rundschau.

Dieser Entwurf sieht vor, daß, falls Mitglieder der Kommissionen es ablehnen, ihre Tätigkeit auszuüben, der Vorsitzende der Kommission das Recht hat, neue Mitglieder aus der Mitte der Wähler hinzuzuwählen. Wenn der Vorsitzende nicht erscheint, so wird der Delegierte der Wahlkreiskommission die Wahlen durchführen können. Im gegebenen Falle wird auch der Vorsitzende der Wahlkreiskommission einen Delegierten bezeichnen können, der die Wahlen nicht nur in einem Stimmbezirk, sondern in zwei oder drei vereinigten Stimmbezirken durchführen soll. Außerdem ist in dem Entwurf vorgesehen eine Erhöhung der Strafe für nachlässige Kommissionsmitglieder von 20 000 Mark auf 100 000 Mark und evtl. kann die Streichung eines solchen Mitgliedes aus dem Schoße der Wahlkommission schon nach der ersten Bestrafung erfolgen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß wegen derartigen Fällen einer ungenauen Auffassung ihrer Pflichten durch die Mitglieder der Stimmbezirkskommissionen die Abstimmung an dem Wahltage um einige Stunden verlängert werden muß, was in jedem Falle öffentlich bekannt gemacht werden muß.

Überwachen der Unparteilichkeit der Wahlen.

Zwecks Überwachung der Unparteilichkeit der Wahlen und schneller Justizpflege im Falle der Überschreitungen hat der Justizminister das Gebiet des polnischen Staates in drei Bezirke geteilt. Der erste umfaßt den Appellationsbezirk Warschau, Lublin und Wilna, der zweite Posen und Thorn, der dritte Lemberg und Krakau. Für jeden dieser Bezirke ist ein Appellationsunterstaatsanwalt bestimmt, welcher das Bindeglied zwischen dem Bezirk und dem Ministerium während der Wahlzeit sein wird.

Polens Wohlstand?

Polens Wirtschaftslage hat sich gebessert, wir sind, ohne daß wir es merken, reich geworden. Die Bedenken Ungläubiger dürften durch den Bericht der „Deutschen Rundschau" (Nr. 194 vom 20. September) behoben werden, in welchem dokumentarisch eine Erklärung des polnischen Ministers Plucinski festgelegt wird, die in der Sonnabendsitzung der Verfassungskommission der Völkerbundliga in Genf abgegeben wurde. In der letzten Sitzung, so heißt es in dieser Erklärung, hat der Völkerbund in Anbetracht der schweren Lage Polens den Beitrag zu den Kosten des Völkerbundes von 35 auf 15 Punkte ermäßigt. Polen habe diese Ermäßigung, die den polnischen Verhältnissen Rechnung trägt, dankbar aufgenommen. Seit dieser Zeit habe sich die Wirtschaftslage Polens dank der unermüdlichen Arbeit der Bauern und der Arbeiter sowie auch der anderen Bevölkerungsschichten bedeutend gebessert, so daß die polnische Landwirtschaft in die Höhe gekommen sei, die Industrie den früheren Stand der Weltproduktion erreicht habe usw. Unter Berücksichtigung der Fortschritte, die auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens im verflossenen Jahre gemacht worden seien, schlage die polnische Regierung vor, den Anteil Polens zum Beitrage für die Kosten des Völkerbundes von 15 auf 25 Punkte zu erhöhen. Diese Erklärung löste in der Kommission, nach dem Bericht polnischer Blätter, reichen Beifall aus.

Mit Stolz haben wir diese Erklärung aufgenommen und ungeduldig werden die Leser auf den Kurszettel gewartet haben, ob dieser plötzliche Reichtum Polens in diesem Spiegel der wirtschaftlichen Lage zu finden wäre. Enttäuscht wird man das Blatt bei Seite gelegt haben, denn man konnte sich nur davon überzeugen, daß die fremden Valuten und Devisen in die Höhe gegangen waren. Man tröstete sich damit, daß diese feierliche Erklärung auf den üblichen Geheimakten der Diplomatie basiere und daß schon in einigen Tagen die Wahrheit durchsickern und die polnische Mark aus ihrem Abgrunde der drittschlechtesten Valuta in die Regionen der Edelvaluten emporsteigen werde. Heute sind jedoch sieben Tage ins Land gegangen, ohne daß diese Erklärung in die Wirklichkeit umgesetzt wurde.

„Das Geld liegt auf der Straße." Dieser besonders in der letzten Zeit so oft wiederholte Ausspruch sieht der feierlichen Erklärung des polnischen Delegierten im Völkerbund gar zu ähnlich. Es wird viele Leute geben, die, nachdem sie das erste Mal diesen Ausspruch aus dem Munde eines sehr ernsten Mannes vernahmen, immer gesenkten Hauptes durch die Straßen gehen, bis jetzt aber nichts gefunden haben. Polen ist ein reiches Land, vielmehr könnte es sich dazu emporschwingen, denn kein anderer Staat könnte in seinen Beziehungen so unabhängig sein, wie wir. Polen kann sich selbst ernähren, es hat Kohle, Erze, Holz, Petroleum usw. und benötigt für seine Industrie nur wenig Rohprodukte. Was ist also der Grund, daß die Bemühungen der bisherigen Finanzgenies in der polnischen Regierung nicht imstande waren, diesen Reichtum zur Geltung zu bringen? Es heißt immer, daß Polens unglückliche geographische Lage es zwinge, in Kriegsbereitschaft zu sein, die militärischen Lasten verschlingen jedoch zuviel Geld. Im letzten Jahre ist allerdings das Militärbudget arg beschnitten worden, die Soldaten und Offiziere wurden nach Hause geschickt und heute haben wir fast den Friedensstand. Trotzdem ist kein Gleichgewicht des Budgets zu erreichen.

Was uns fehlt, das ist die Arbeitslust und besonders das Organisationstalent, ein Mangel, der oft in das Gegenteil von dem umschlägt, was man schlechterdings von einer Organisation der Arbeit verlangen kann, mit anderen Worten in eine Zersetzung der bereits bestehenden Organisationen. Die drei wirtschaftlich und kulturell so überaus verschiedenartig gestalteten Gebietsteile Polens, die doch ihr Augenmerk darauf lenken sollten, sich in eine Einheit zusammenzuschweißen, befehden sich bis aufs Messer. Das ehemalige Kongreßpolen glaubt mit seiner

unter der russischen Knute zurückgebliebenen Kultur das ehemals preußische Gebiet bevormunden zu sollen und findet einen Mitbewerber in dieser Beziehung in Galizien, während unser Gebiet, das mit Recht eine höhere Kulturstufe für sich in Anspruch nimmt, eine Vormundschaft ablehnt. Polen ist eben — und das geht aus der Statistik deutlich hervor — kein reiner Nationalstaat, und wenn die Nationalpolen im Staate unter sich uneinig sind, können sie von den nationalen Minderheiten unmöglich verlangen, daß sie dem Staate, dem sie einverleibt worden sind, mehr Interesse entgegen bringen, als die Polen selbst. Dies um so mehr, als die Nationalpolen jede Mitarbeit der nationalen Minderheiten am Bau des polnischen Staates wiederholt und mit Entrüstung abgelehnt haben. Und doch ist das Zusammenhalten aller die erste Lebensbedingung des Staates.

„Wir sind reich“ — wie klingen doch diese Worte so berauschend, wenn uns nur die Wirklichkeit nicht so grob anfassen und in das reale Leben zurückreißen wollte. Aber noch einmal wollen wir uns in den Glauben wiegen, daß, wenn unsere Vertreter in die ganze Welt hinausposaunen, daß die wirtschaftliche Lage Polens sich in den zwei letzten Wochen so gebessert hat, daß wir beruhigt unseren Anteil an den Kosten des Völkerbundes selbst hinaufsetzen können, dies nicht ohne reale Grundlage geschehen ist. Nach unserer Ansicht wirft man hier mit der Wurst nach der Speckseite.

Korfanty spricht.

Königshütte, 21. September. Im großen Saal des Hotels „Graf Reden“ hielt der Nationale Block eine Versammlung ab, in der Korfanty sprach. Der weite Saal war schon vor Beginn der Versammlung gedrängt voll. Eine große Anzahl Neugieriger kam zur Versammlung, um eben Korfanty zu hören. Mit Beifall begrüßt, erschien Korfanty auf der Bühne und versuchte zunächst den Angriffen, die gegen ihn erhoben werden, die Spitze abzubrechen. Er lehnte es ab, Vertreter des Großkapitals zu sein und wies die Anschuldigungen zurück, daß er Gegner des 8-Stundentages sei. Systematisch befaßte er sich mit den einzelnen polnischen Parteien und ihren Führern, gegen die er die schwersten Anschuldigungen erhob. Weder Pilsudski, noch Rymer und Biniszkiewicz blieben dabei verschont.

Pilsudski wurde von ihm kurz der Resignant genannt, der im Auslande jedes Vertrauen verloren habe, der die Schuld daran trägt, daß die polnische Mark gesunken ist, weil er Feldzüge unternommen habe ohne Einverständnis des Sejms.

Korfanty kam auf die Regierungskrise zu sprechen, die ihn zum Ministerpräsidenten gemacht habe. Seit dem Bestehen Polens sei ein derartiges Kabinett nicht geschaffen worden, wie er es zusammengestellt. Mit seiner Ministerpräsidentschaft grüßte Polen das Vertrauen des gesamten Auslande und der Beginn der Ordnung im Staate. Pilsudski habe durch die Ablehnung des Kabinetts Korfanty sich Rechte angeeignet, die ihm nicht zugestanden haben und die kein Präsident einer Republik und kein König auch eines Negerstaates inne hat. Gegen Rymer und den Führer der polnischen Sozialdemokraten Biniszkiewicz wurden ähnliche Angriffe erhoben. So sollten der Nationalen Arbeiterpartei zu Wahlzwecken 5 Waggons Zucker zum Preise von 5 Mark pro Pfund zur Verfügung gestellt worden sein. Biniszkiewicz habe sich an großen Mehllieferungen für die Wojewodschaft bereichert. Durch die letzten Unruhen habe die Wojewodschaft ihre Unfähigkeit zum Regieren bewiesen. Die Polizei sollte sich bei den Unruhen niederschießen lassen, obwohl die Beamten bis heute keine Gehälter, sondern nur Vorschüsse von paar tausend Mark bekommen haben. Der Niedergang der oberschlesischen Wirtschaft ist der Unfähigkeit der polnischen Regierung zuzuschreiben. Geradezu lächerlich berührte es, als die polnischen Unterhändler in Genf die Holzlieferungen Polnisch-Oberschlesiens durch Deutschland sichergestellt wissen wollten, obwohl Polen die reichsten Waldungen besitze. Ähnlich ist es im Eisenbahnwesen, wo bisher nicht das geringste geliefert wurde. Die Oberschlesier können das am besten beurteilen. Polnisch-Oberschlesien habe soviel Waggons, wie ihn der gesamte Wagenbestand Polens darstellt, durch rechtzeitige Inangriffnahme der Arbeiten wären wir nicht gezwungen, von Deutschland abhängig zu sein.

Zu Unruhen in Oberschlesien brauchte es nicht zu kommen, wenn von den maßgebenden Stellen rechtzeitig der Sturz der deutschen Mark erkannt worden wäre. Erst nachdem zahlreiche Geschäfte geplündert und Arbeiter gefallen sind, wurde Abhilfe geschaffen. In seiner zweistündigen Rede ging Korfanty auf die Mißstände ein und erklärte, daß erst Ordnung ins Land ziehen werde, wenn die Regierung Pilsudskis beseitigt sei und die christlichnationale Idee Polen beherrsche. Die Ausführungen Korfantys wurden mit Beifall aufgenommen; zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Republik Polen.

„Kurjer Poranny“ über die Danziger Finanzfrage.

Unter der Überschrift: „Wie Dr. Sahm an dem, was er uns wegnahm, verdienen wollte, und wie so etwas nicht immer gelingt!“ beschäftigt sich der „Kurjer Poranny“ mit der Finanzlage Danzigs und geht dabei von der etwas eigentümlichen Voraussetzung aus, daß Danzig dadurch, daß es etwas von dem zur Verteilung stehenden deutschen Staatseigentum für sich beanspruchte, dieses Polen „weggenommen“ habe. Als Ursache der Finanznot der Freien Stadt bezeichnet das Blatt die polenfeindliche Wirtschaft gewisser Kreise und schreibt dazu: „Die dem Völkerbund vorgeführte Lage ist folgende: Danzig nahm Polen die deutschen Staatsgüter weg und belastete sich damit. Das hat sein Budget ruiniert. Darum soll der Völkerbund Danzig von der Entschädigungspflicht befreien.“ — Das Blatt meint dann, Danzig habe vor dem Völkerbund eine Niederlage erlitten durch den Vorschlag Askenazys, daß Polen diese Staatsgüter kaufen wollte. Er habe die Reparationskommission vor ein „verlockendes“ Dilemma gestellt: Wenn Danzig die Staatsgüter behalte, so bekomme die Reparationskommission gar nichts; wenn aber Polen die Güter bekäme, so erhielte sie klingenden Lohn. „Kurjer Poranny“ behauptet dann, Danzig habe die Staatsgüter von der Reparation freibekommen wollen, um sie deutschen Finanzunternehmen zur Verfügung zu stellen. Das ist aber nun von Askenazy vereitelt worden. Zum Schluß heißt es wörtlich: „Polen hat zwar nichts gegen an Danzig gemachte Geschenke einzuwenden, doch sollen sie nicht auf Kosten der Tasche Polens oder seiner Verbündeten, die auf die Reparation warten, geschehen.“

Moraczewski in Neuyork.

Warschau, 20. September. „Robotnik“ berichtet über die große Versammlung der polnischen Sozialdemokraten Amerikas in Neuyork, in der Moraczewski, der ehemalige polnische Ministerpräsident, mit großem Jubel begrüßt wurde. In seiner Rede betonte Moraczewski, daß es außerordentlich schwer gewesen sei, aus Polen einen demokratischen Staat zu machen. Es sei nur der Energie einer kleinen Schar von Sozialisten zu verdanken, daß Polen heute trotz der reaktionären Mehrheit ein demokratischer Staat sei. Für die polnisch-sozialistische Partei wurden 1011 Dollar gesammelt.

Die polnische Presse zum Türkensieg.

Bezeichnend für die Beziehungen zwischen Polen und England sind die Pressestimmen fast der gesamten polnischen Presse zu den Vorgängen im Orient. Fast durchweg wird der Sieg der Türken als ein Sieg über die englische Politik bejubelt. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die Türkei seinerzeit gegen eine Teilung Polens gewesen sei. Besondere Schlußfolgerungen knüpft noch die „Gazeta Gdańska“ Nr. 213 an diesen Erfolg, die ein scharfes Licht auf die Deutschfeindlichkeit dieses Blattes werfen. Es heißt dort: „England ist bedroht und muß seine Augen nach Asien richten. Frankreich bekommt dadurch freie Hand und kann endgültig mit Deutschland abrechnen und Europa nach eigenem Willen gestalten. Angesichts eines solchen Standes der Dinge freuen wir Polen uns über die türkischen Erfolge und den Zusammenbruch der griechisch-englischen Politik. Der Wiederaufbau der Türkei und die gerechte Regierung Frankreichs müssen die Sympathie aller Polen erwecken.“

Die Ausfuhr von Vieh nach Oberschlesien.

Der Minister des Innern hat, nachdem ihm zur Kenntnis gekommen ist, daß einige Behörden der ersten Instanz Kaufleuten, die Schweine und Vieh für Oberschlesien liefern, Schwierigkeiten bereiten, an die Wojewoden ein Rundschreiben erlassen, in dem darauf hingewiesen wird, daß es eine Wirtschaftsgrenze zwischen der schlesischen Wojewodschaft und dem übrigen Gebiet Polens nicht gibt. Hindernisse bei dem Transport von Vieh und Schweinen nach Oberschlesien sollen also nicht bereitet werden.

*

Der Generalwahlkommissar hat an die Vorsitzenden der Bezirkswahlkommissionen ein Rundschreiben gerichtet, nach welchem die Bestimmung der Wahlordnung über die Wählbarkeit der Staatsbeamten so zu verstehen ist, daß der Staatsbeamte zum Abgeordneten nicht in dem Bezirk gewählt werden darf, in dem er am Tage der Ausschreibung der Wahlen dienstlich tätig gewesen ist.

Deutsches Reich.

Deutschland und der Völkerbund.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg hielt der Präsident des Reichstages, Loebe, eine Rede, in der er sehr warm für den Völkerbund eintrat, und den folgenden Antrag zu sofortiger Beschlußfassung einbrachte: „Der Parteitag richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unbeschadet der berechtigten Kritik, die an der Organisation und an dem Verfahren des Völkerbundes zu üben ist, im Interesse der Teilnahme Deutschlands am allgemeinen Frieden den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herbeizuführen, sobald der Regierung eine der Bedeutung der deutschen Kultur und Wirtschaft angemessene Stellung Deutschlands im Völkerbunde gesichert sei.“ In den Beifall nach der Rede Loebes stimmten auch die anwesenden sozialdemokratischen Minister ein.

Bemerkenswert war noch, daß der Parteitag einen Antrag ablehnte, der jede künftige Koalition mit der Deutschen Volkspartei verbieten wollte. Der Parteitag will in dieser Frage der Reichstagsfraktion freie Hand lassen.

Eine Londoner Meldung besagt, daß Lord Robert Cecil aus Genf unter dem 19. d. M. eine Depesche an den Völkerbundverein in London gerichtet hat, in der er mit Bedauern darauf hinweist, daß Deutschland keinen Antrag um Aufnahme in den Völkerbund gestellt habe, der bei der augenblicklichen Tagung der Völkerbundversammlung nach Ansicht Cecils zweifellos angenommen worden wäre. Die deutsche Regierung könne der Welt beweisen, daß sie auf seiten der Demokratie und des Friedens steht, indem sie den Antrag um Aufnahme in den Völkerbund so bald wie möglich stellt.

Von der Tel.-Union wird der „Deutschen Rundschau“ gedrahtet, daß der schweizerische Delegierte im Völkerbund den Antrag gestellt hat, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen.

Der Völkerbund und die Pariser Beratungen.

Der Vorschlag des französischen Senators de Jouvenel zu dem Antrage Lord Robert Cecils, selbst die Reparationsfrage und die Frage der interalliierten Schulden in der Völkerbundversammlung zu besprechen, ist ebenso wie der Antrag Lord Robert Cecils im Augenblick ein wenig in den Hintergrund gerückt. Es finden zwischen den hauptsächlich interessierten Delegationen zur Stunde zwar Besprechungen darüber statt, was der Völkerbund unternehmen könnte, aber man ist der Ansicht, daß das Schicksal der ganzen Frage von dem Schicksal der Besprechung abhängig ist, die in Paris zwischen Lord Curzon und Poincaré stattfindet. Man glaubt, daß diese Beratung der ganzen französisch-englischen Verhältnisse wegen von entscheidender Bedeutung auch für das Schicksal des Antrages von Lord Robert Cecil sein wird.

Ein neues deutsch-französisches Reparationsabkommen.

Zwischen der „Chambre syndicale des constructeurs en ciment armé“, der 88 der bedeutendsten französischen Bauunternehmer angehören und der „Lehrer von Siemens vereinigten Baustoff-Industrien Berlin und Düsseldorf“ ist, wie der „Tag“ meldet, am 14. September in Paris ein Vertrag abgeschlossen worden, betreffs eines gemeinschaftlich aufzustellenden Programms für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, dem im wesentlichen folgende Abmachungen zugrunde liegen:

Die „Lehrer von Siemens Kommanditgesellschaft“ übernimmt die Beschaffung der gesamten Baumaterialien. Der französische Unternehmerverband verpflichtet sich, alle ihm im zerstörten Gebiet übertragenen Arbeiten gemeinschaftlich mit deutschen und internationalen Unternehmergruppen auszuführen.

Von ganz besonderer Wichtigkeit erscheint schließlich die Tatsache, daß das französische Wiederaufbauministerium einer Verwendung deutscher und internationaler Arbeitskräfte bis zu 50 Prozent der gesamten Arbeiterzahl zugestimmt hat. Über die Verwendung und eventuelle Entsendung der in Frage kommenden deutschen Arbeitergruppen sind die Verhandlungen mit den Gewerkschaften bereits aufgenommen. Es soll sich dabei um etwa 40 000 deutsche Arbeiter handeln.

Eröffnung des Parteitages der Unabhängigen.

Am Mittwoch wurde der Parteitag der U. S. P. D. in Gera eröffnet. Unter den ausländischen Gästen sah man Adler-Wien, Tschernow (Rechts-Sozialrevolutionär) und Abramowitsch (Links-Sozialrevolutionär). Redakteur Heinrich Knauf-Gera begrüßte die Delegierten und schloß: Wir werden nicht ruhen und rasten, bis die vereinigte Partei eine wirklich revolutionäre Klassenpartei geworden ist.

Acht Deutsche wegen Spionage verurteilt.

Vor dem Kriegsgericht des Generalstabs der französischen Rheinarmee wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit in neunstündiger Sitzung wegen militärischer Spionage zum Nachteil der Verbandsmächte verhandelt **gegen den Berichterstatter Richard Hecht aus Frankfurt a. M., dessen Sohn, den 19jährigen Gymnasiasten Wilhelm Hecht, den Beigeordneten Dr. Leschke aus Kreuznach, den Bürgermeistersekretär Albert Bohner aus Kirn, den Optiker Otto Mohr aus Trier, den Kaufmann Jacob Kirscht aus Wittlich, den Redakteur Otto Etz aus Wiesbaden und den Kaufmann Wilhelm Hähnlein aus Mainz.** Die Angeklagten werden beschuldigt, im besetzten Gebiet im Einverständnis mit einer fremden Macht sich zu unerlaubten Zwecken Dokumente und Nachrichten über die französischen Besatzungstruppen sowie militärische Befehle der Besatzungskommandos verschafft und diese Angaben an Agenten des deutschen Spionagedienstes im unbesetzten Gebiete mitgeteilt zu haben.

Die Urteile lauteten auf **Gefängnisstrafen von 2 bis zu 20 Jahren.**

Aus anderen Ländern.

Die Beratungen zwischen Lord Curzon und Poincaré.

Paris, 20. September. Um 10 Uhr vormittags findet heute die erste Zusammenkunft zwischen Lord Curzon und Ministerpräsident Poincaré statt. Diese Verhandlungen sollen sich gegebenenfalls bis Ende dieser Woche hinziehen. Von italienischer Seite wird daran der italienische Botschafter in Paris Graf Sforza teilnehmen, von englischer ferner der Admiral Lord Beatty als maritimer Sachverständiger. Ob der jugoslawische Außenminister Nintschitsch zu den Erörterungen hinzugezogen werden soll, ist nicht bekannt. Dieser traf gestern aus London in Paris ein und wurde noch abends von Poincaré zu einer sehr langen Besprechung empfangen. Die wichtigsten zwei Fragen, die in Paris zu erörtern sein werden, beziehen sich auf die Haltung der englischen Truppenkontingente auf dem asiatischen Ufer der Dardanellen sowie auf die Haltung der englischen Marine. Frankreich würde natürlich wünschen, daß die englischen Truppen von dem asiatischen Ufer der Dardanellen zurückgezogen werden, um jeden Zusammenstoß mit den Kemalisten zu vermeiden. Aber wie der „Petit Parisien“ ausführt, wird die englische Admiralität in dieser Frage ihr entscheidendes Wort zu sprechen haben, die vor allem das Bedenken äußert, daß, falls der Friede nicht zustande käme, die Türken von dem asiatischen Ufer der Dardanellen aus leicht die Schiffe der Alliierten beschießen könnten, die in der Meerenge kreuzen. Frankreich werde sich aber bemühen, die englischen Vertreter zu überzeugen, daß man im Besitze des europäischen Ufers auf jeden Fall imstande sei, das freie Passieren der englischen Flotte durch die Dardanellen zu sichern, da die kleinasiatischen türkischen Verteidigungswerke bereits zerstört wurden.

500 Millionen Goldkronen für Österreich.

Die Finanzkommission des Völkerbundes nahm gestern von den endgültigen Berichten der Finanzsachverständigen Kenntnis. Nach dem Plan dieser Sachverständigen beträgt die Kreditsumme, die Österreich seitens Englands, Italiens, Frankreichs und der Tschechoslowakei gewährt werden solle, 500 Millionen Goldkronen. Als Pfänder sollen die österreichischen Zölle und das Tabaksmonopol dienen. Die Kontrolle soll **von einem Organ des Völkerbundes** ausgeübt werden.

Der Seemannsstreik in Frankreich.

Nach einer „Matin“-Meldung aus Marseille hat der Reederverband gestern allen Schiffsmannschaften mitgeteilt, daß das neue Dekret an Bord zur Durchführung kommen werde. Da die Seeleute sich weigerten, die neuen Kontrakte zu unterschreiben, legten die Reeder ihre Schiffe sofort still. Eine Anzahl von Passagierdampfern, deren Abfahrt bereits bevorstand, ist liegengeblieben. Insgesamt konnten zwanzig **Schiffe nicht abfahren und 3000 Passagiere ihre Reise nicht antreten.**

Der Staatsstreich in Bulgarien.

Aus Belgrad wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Extrablätter bringen Sensationsmeldungen über den Ausbruch eines Bürgerkrieges in Bulgarien und die Ermordung der früheren Minister. Nach Meldungen, die an zuständigen Stellen vorliegen, handelt es sich um einen schweren Zusammenstoß bei Tirnovo, wo die immer mehr radikalisierten Bauern einen kurzen Prozeß gegen das Kabinett vom Jahre 1912 bis 1918 und die Verhaftung aller ehemaligen Minister verlangten, was der Innenminister zugesagt habe. Bei den Tumulten soll der frühere Minister Danew gefallen sein. Für Stambulinski droht die Opposition gefährlich zu werden, weil diese eine Stellungnahme gegen Griechenland wünscht und auf diese Weise Popularität gewinnen konnte.

Nach einer Meldung des Wolffschen Büros aus Sofia gilt dort das Vorgehen des Oppositionsblocks als gescheitert, im ganzen Lande herrscht nach Beendigung der Unruhen von Tirnovo völlige Ruhe.

Das Komitee für Rußlandhilfe aufgelöst.

Die für Dienstag und Mittwoch nach Genf einberufene Konferenz des Internationalen Komitees für Rußlandhilfe hat sofort in ihrer ersten Sitzung die Auflösung des Komitees für Rußlandhilfe beschlossen. Das Komitee hat dem Oberkommissar Dr. Nansen seinen Dank ausgesprochen. Sodann wurden Entschließungen angenommen, in denen unter anderem auch die Weiterführung des Komitees **unter dem Namen „Nansenhilfe“** beschlossen wurde.

Die Lage im Orient.

Die letzte Entwicklung der Orientkrise besteht darin, daß nach einer Reutermeldung Kemal Pascha den Ort Bigha an der Südküste der Dardanellen besetzt hat. Bigha liegt innerhalb der neutralen Zone, etwa 40 Kilometer von Tschanak-Kalessi entfernt, das nach dem Abzug der Franzosen gegenwärtig allein von einigen schwachen englischen Kräften gehalten wird. Zugleich liegt eine Mitteilung Kemals vor, wonach er bereit ist, die neutrale Zone am Bosporus, aber nicht diejenige an den Dardanellen zu respektieren. Es kann also kaum noch ein Zweifel bestehen, daß sich die Aktion Kemals in der Tat gegen Tschanak-Kalessi richtet, von wo aus offenbar ein Übergang auf das europäische Ufer versucht werden soll. Trotz dieser Drohung wird von offizieller englischer Seite erklärt, daß die Lage in militärischer Hinsicht gesichert sei. Nach den Beschlüssen des gestrigen Ministerrates soll sich das Eingreifen Englands auf eine Flottenaktion beschränken.

Die letzten griechischen Formationen in Anatolien haben sich in Araski am Montag eingeschifft.

General Frederick Maurice schreibt dem „Daily Chronicle“ aus Konstantinopel: Die türkische Kavallerie an der Grenze der neutralen Zone auf der asiatischen Seite der Dardanellen nehme an Stärke zu. Der Oberbefehlshaber Sir Karl Harrington habe eine Erklärung veröffentlicht, worin er die Entschlossenheit der Engländer kundgibt, die neutrale Zone bis zur Entscheidung der Alliiertenkonferenz zu halten und sagt, er werde einen kemalistischen Vormarsch in dieser Zone als kriegerische Aktion ansehen.

Der Berichterstatter der „Daily Mail“ in Konstantinopel meldet, der Vertreter der Angoraregierung habe ihm erklärt, daß er den General Harrington benachrichtigt habe, die Türken hätten die Absicht, über die Dardanellen zu gehen, um den Massakers, die die Griechen in Thrazien anrichten, ein Ende zu machen. Die türkischen Truppen würden nicht auf die Alliierten schießen, vorausgesetzt, daß **sie von den letzteren nicht angegriffen werden.**

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 22. September.

Herbstanfang

haben wir astronomisch und kalendermäßig am morgigen Sonnabend, 23. September, und damit ist wieder einer jener vier Wendepunkte im Kreislauf der Jahreszeiten erreicht, der zu einem kleinen Rückblick auf die verflossenen Monate einlädt. Für diesmal möchten wir sogar bis auf den Jahresbeginn und noch weiter zurückgreifen, weil eine Witterungslage wie die seitdem verflossene kaum noch dagewesen ist. Der vorige Winter begann schon lange vor seinem kalendarischen Zeitpunkt, und er übte durch seine Strenge und lange Dauer einen unendlich schweren Druck aus, den zu ertragen eine harte Prüfung bedeutete. Der strenge Winter wollte und wollte kein Ende nehmen, und so fügte es sich, daß uns die schöne Zeit des erwachenden lenzfrischen Frühlings gewissermaßen unterschlagen wurde. Denn fast unmittelbar an die froststarrende Winterzeit schloß sich eine lange andauernde hochsommerliche, zeitweise tropische Witterung, zu schnell für eine normale Entwickelung der Vegetation in Feld und Garten, wenn auch sonst hoch willkommen für alle Welt, die sich endlich der freien Natur erfreuen durfte. Es wurde aber am Ende gar zu viel des Guten an hellem Sonnenschein und sengender Hitze, und der Frühsommer wuchs sich schließlich zu einer Periode hochgradiger Dürre aus. Dann kam der Rückschlag, und so stark das Witterungspendel in den heißen Wochen nach einer Richtung ausgeschlagen hatte, so stark schlug es dann nach der andern um. Der nach langer Dürre heißersehnte Regen kam endlich, aber leider als Dauergast, den man anfangs zwar sehr freudig begrüßte, aber dann ob seiner hartnäckigen Seßhaftigkeit gern wieder heimgeschickt hätte. Er weilt indessen auch jetzt noch immer unter uns, und wer will voraussagen, ob er bald Abschied nehmen will? Und wenn es geschieht, was haben wir dann noch zu erwarten? Wird es noch schöne, milde Herbsttage geben oder gleiten wir in Kürze zu einem frühen und vielleicht wieder strengen Winter hinüber? Wettervoraussagen auf längere Sicht sind eine höchst unsichere Sache, ob sie nun als gute oder schlechte Zensuren ausfallen. Daher wird man auch jetzt zweckmäßigerweise zwar, trotz der bösen Erfahrungen, noch das Beste hoffen können, aber auch auf das Schlimmste gefaßt sein müssen. Und das letztere wird für alle Fälle sehr am Platze sein. Kommt es dann doch günstiger, als befürchtet, so kann man befriedigt eine sogenannte angenehme Enttäuschung verbuchen, ein Artikel, der in diesen trüben Zeiten gewiß nicht zu verachten wäre.

---

§ **Fluglinien in Polen.** Aus Warschau, 20. September, wird gemeldet: Die polnische Schiffahrtsgesellschaft hat eine regelmäßige Verbindung, zweimal wöchentlich, Warschau—Prag—Straßburg—Paris, sowie Warschau—Wien—Budapest mit Anschluß an eine Linie Budapest—Bukarest—Konstantinopel eröffnet.

§ **Steuererklärungen.** Das hiesige Finanzamt für direkte Steuern veröffentlichte kürzlich eine Bekanntmachung, wonach jeder Steuerzahler, „der ein Einkommen von mehr als 500 000 Mark jährlich hat" in der Zeit vom 20. September bis zum 8. Oktober eine Steuererklärung vorzulegen habe. Hierzu wird uns vom Finanzamt auf Anfrage mitgeteilt, daß es sich dabei nicht um das zur Zeit laufende Einkommen dieses Jahres handle, sondern um das Einkommen des Kalenderjahres 1921, das als Grundlage der Besteuerung dient.

§ **Herabsetzung des Brotpreises — in Dirschau.** Die „Dirschauer Zeitung" vom 21. September bringt folgende Mitteilung: „Das Brot wird billiger! Eine freudige Nachricht unterbreitete uns heute die hiesige Bäckerinnung. Sie teilt uns mit, daß infolge Sinkens der Roggenmehlpreise der Brotpreis von heute ab um 30 Mark herabgesetzt worden ist. Also doch einmal ein kleiner Freudenstrahl in unsere teure Zeit." — In Bromberg ist der Brotpreis bekanntlich vor kurzem um 40 Mark für das Dreipfundbrot erhöht worden, trotzdem doch auch in unserem Gebiet die Roggenpreise gesunken sind. Vielleicht äußern sich die zuständigen Fachleute über diese immerhin nicht ganz belanglosen Widersprüche!

§ **Zu der tödlichen Gasvergiftung,** die, wie berichtet, sich in den Räumen des Dentisten Matern, Danziger Straße 20, zutrug, und der ein blühendes Menschenleben zum Opfer fiel, erfahren wir durch den Vater des Verunglückten noch folgende Einzelheiten: Die beiden Lehrlinge Günther Rossdam und Erwin Wolf waren am Montag nach Dienstschluß um 6 Uhr noch zurückgeblieben, um ein warmes Bad zu nehmen. Zuerst benutzte der 16jährige Günther Rossdam das Badezimmer und verriegelte es von innen. Nach einiger Zeit fragte der andere Lehrling, Erwin Wolf, von draußen den Badenden, ob er bald fertig wäre. Er erhielt eine bejahende Antwort. Jedoch verstrich hiernach einige Zeit, ohne daß Rossdam erschien. Plötzlich hörte Wolf aus dem Badezimmer Röcheln und Stöhnen. Der Schreck hierüber brachte ihn gänzlich aus der Fassung, so daß er, anstatt sich einen Zugang zu dem Badezimmer zu verschaffen, oder einen Hausbewohner zu rufen, davoneilte und nach der Wohnung der Assistentin lief. Das geschah etwa um 8 Uhr. Da er die Assistentin aber nicht zu Hause antraf, eilte er zur Polizei und rief diese zu Hilfe. Inzwischen war kostbare Zeit verloren und es beinahe 10 Uhr geworden, und ehe ärztliche Hilfe erschien ½11 Uhr. Es war zu spät. Nach zweistündigen vergeblichen Wiederbelebungsversuchen konnte der Arzt nur noch den Tod durch Gasvergiftung feststellen. Ob der Gasofen von dem Badenden falsch behandelt worden oder irgendwie defekt war, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche am Mittwoch zur Beerdigung freigegeben. — Dieser überaus bedauerliche Unglücksfall sollte eine ernste Warnung beim Gebrauch der Gasbadeöfen sein. Besonders sollte man sich davor hüten, das Badezimmer von innen zu verriegeln, wenn man allein badet. Neben der Gefahr einer Gasvergiftung liegen auch andere Möglichkeiten, wie Ohnmachten usw. vor, die zu schweren Folgen führen können, wenn der Baderaum nicht schnell zugänglich ist.

§ **Schwere Eisenbahndiebstähle vor Gericht.** Vor der Strafkammer des Bromberger Bezirksgerichts standen dieser Tage 13 Eisenbahner, denen zur Last gelegt wurde, Ende des vorigen und Anfang dieses Jahres auf dem hiesigen Bahnhof Waren gestohlen zu haben, deren Wert der polnische Staatsschatz ersetzen mußte. Der Wert der gestohlenen Sachen wurde auf etliche Millionen Mark geschätzt. Die Angeklagten, von denen jeder einen Verteidiger hatte, schoben die Schuld auf geflüchtete Kollegen, trotzdem sie zum größten Teil im Untersuchungsverfahren geständig waren. Das Urteil lautete gegen Antoni Jankowski auf acht Jahre und gegen Stanisław Budziak auf sieben Jahre schweren Kerkers. Gleichzeitig wurden gegen beide auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren erkannt. Ferner wurden verurteilt: Antoni Nadolski und Jan Piotrowski zu je sechs, Josef Najdowski zu fünf und Ignacy Korlus zu vier Jahren schweren Kerkers. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Gegen das Urteil legten die Verteidiger Revision ein.

§ **Verhaftung von Bettlern.** In diesem Sommer hatte in unserer Stadt das Bettelunwesen stark um sich gegriffen. Nicht nur in den Hauptstraßen stieß man vielfach auf Bettler, die ihre „angestammten Plätze" Tag für Tag innehatten, auch in den Wohnungen wurde man oft belästigt, und vielfach waren es Männer im besten Alter, die aus der mitleidigen Gesinnung ihrer Mitbürger sich eine gute Einnahmequelle verschafften. In letzter Zeit ist nun die Polizei gegen das Bettlerunwesen eingeschritten. So wurden gestern wieder drei Personen wegen Bettelei in polizeilichen Gewahrsam genommen.

§ **Einbruchsdiebstahl.** In den letzten Tagen drangen Einbrecher in die Wohnung der Frau Else Nettich, Danziger Straße (Gdańska) 85. Sie entwendeten dort drei Militärmäntel und einen hellen Damenmantel. Der Wert dieser Sachen wurde mit 310 000 Mark angegeben.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Der Verein „Sportbrüder" für Fußball und Tennis hält heute abend im Deutschen Hause seine Halb-Monatsversammlung ab. 14628

Reisechor. Sonnabend, den 23. d. M., 8 Uhr:: Übungsstunde Jugendheim, Hippelstr. 27. 10326

Moderne Geldfälscher.

Von dem modernen Fälscherwesen und dem Kampf dagegen berichtet der bekannte Kriminalist Ingenieur Nelken in einem Aufsatz von „Reclams Universum". Der Banknotenfälscher ist nur eine besondere Spielart des Fälschers überhaupt, der jetzt fast nur noch als Spezialist arbeitet. Es gibt regelrechte Großbetriebe, in denen die Massenanfertigung falschen Papiergeldes erfolgt, und dieses wird so vorzüglich nachgeahmt, daß auch dem Kenner die Unterscheidung schwer fällt. Während das Nachahmen der auf den Banknoten aufgepreßten farbigen Fasern verhältnismäßig leicht gelingt, bietet das Kopieren des Wasserzeichens fast unüberwindliche Hindernisse und wird stets mangelhaft ausfallen. Die neuen Hundertmarkscheine, die auf ihrem linken Rand 100 Mark als helles Wasserzeichen und rechts dasselbe Zeichen als dunkles aufweisen, sollen dadurch gegen Fälschung ziemlich gesichert sein, und auch die neuen 500-Mark-Scheine sind ja durch ein charakteristisches Wasserzeichen nach Möglichkeit geschützt. In jüngster Zeit hat man versucht, die echten Banknoten durch Überkleben der Wertangabe in höherwertige zu verwandeln. Ein höchst eigenartiger Fälschungsschwindel wurde von einem russischen Ingenieur verübt. Dieser behauptete, eine höchst komplizierte Maschinerie „erfunden" zu haben, in die man zwei Tausendmarkscheine legen konnte, um dann drei zu erhalten. Zwischen zwei Tausendmarkscheine wurde ein gleich großes Stück Papier gelegt, auf das durch Hinzuführung heißer Dämpfe und Chemikalien Farbe und Zeichnung der Scheine übertragen werden sollte. Auf diesen Apparat hin erhielt der „Erfinder" von vielen Leuten, die so leicht zu reichen Leuten werden wollten, große Beteiligungssummen, und erst die Polizei klärte den Schwindel auf, indem sie feststellte, daß das Päckchen mit den drei Tausendmarkscheinen, das angeblich aus den zwei Tausendmarkscheinen entstehen sollte, schon vorher in der Maschine gewesen war. Nelken erinnert an den böhmischen Meisterfälscher Czerny, der erst vor wenigen Monaten dingfest gemacht wurde, und dessen Fälschungen so vorzüglich waren, daß die Polizei jahrelang ihren Hersteller nicht ermitteln konnte. Czerny gab bei seiner Verhaftung an, Banknotenfälschungen nur vorgenommen zu haben, um eine von ihm konstruierte Maschine vervollkommnen zu können, die die Fälschung von Banknoten unmöglich machen sollte! In der Tat fand die Polizei bei Czerny eine Maschine, die geistreich durchdacht ist und Banknotenfälschungen auf den ersten Blick als solche kenntlich macht.

Der Falschgeldabteilung der Reichsbank in Berlin ist es in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestehens gelungen, über 60 Falschgeldfabriken auszuheben, und diese Abteilung hat so vorzüglich gearbeitet, daß man im Ausland solche Institute nach deutschem Muster einrichtete. Eine ebenfalls viel betriebene Fälscherspezialität ist die sogenannte „Flebbenmacherei", durch die amtliche Ausweise, Zeugnisse und Stempel nachgeahmt werden. Der „Flebbenmacher", meist ein herumziehender Vagabund, schlägt seine Werkstatt nicht nur in den dunkelsten Großstadtkneipen auf, sondern streicht auch auf den Landstraßen umher, um seine „Kunstwerke" an lichtscheues Gesindel abzusetzen. Seine Werkzeuge sind häufig so einfach, daß nur das geübte Auge des Kriminalisten ihre Bestimmung errät. Diese Fälscher arbeiten manchmal mit einem Holzstückchen, in das eine Nadel eingesetzt ist, mit der dann die Gravierung der Stempel ausgeführt wird. Für diese Stempel führt solch ein Landstreicher eine ganze Sammlung von Siegeln usw. aus Schiefer, Speckstein oder Leder mit sich, die in seinen Rocksäumen eingenäht sind. Die Stempelfarbe wird meistens in einer alten Schuhwichsschachtel verwahrt.

Handels-Rundschau.

Polnische Kohlen auf lettländischen Bahnen. Im Oktober soll auf allen lettländischen Bahnen zur Kohlenheizung übergegangen werden. Da die polnische, aus dem Dombrowaer Gebiet stammende Kohle bedeutend billiger zu stehen kommt als die englische, wird der Bedarf der Bahnen durch polnische Kohlen gedeckt werden.

Waldverkauf in Polen. Nach der „Königsb. Allg. Ztg." sind die bedeutenden Erlen- und Kiefernforsten des russischen Großindustriellen Agarkow in der Nähe von Pinsk durch Kauf in den Besitz der Holzproduktionsfirma R. Heller, Warschau/Danzig, übergegangen. Die Forsten werden im Zeitraum der nächsten zwanzig Jahre ausgenutzt und die Erzeugnisse nach England und Deutschland expediert werden.

Erhöhung des Zuckerpreises in Deutschland. Der von der Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der deutschen Zuckerindustrie neu festgesetzte Preis beträgt pro Zentner 1200 Mark; der Preis des gewöhnlichen gemahlenen Zuckers beziffert sich somit für den Rest der Ernte 1921/22 bei Lieferung ab Fabrik in Magdeburg auf 2500 Mark pro Zentner.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für Politik: Johannes Kruse; für „Stadt und Land" und den anderen redaktionellen Teil: Karl Bendisch; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Nachruf.

Tieferschüttert stehen wir an der Bahre unseres jungen Mannes

Günter Roßdam

den ein Unglücksfall plötzlich aus dem Leben riß.

Sein jederzeit freundliches Wesen, sein Fleiß und seine Treue in der Mitarbeit wird ihn uns unvergessen machen und werden wir ihm bis übers Grab hinaus ein ehrendes Angedenken bewahren. 10337

Leicht sei ihm die Erde.

Wilhelm Matern
Hugo Matern
und Personal.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod gefallen, heute Abend 7³/₄ Uhr meine innigstgeliebte Frau, unser liebes, treusorgendes Mütterlein, unsere unvergeßliche Tochter, Schwester, Schwägerin und Nichte

Marte Müller

geb. Janke

im 25. Lebensjahre nach kurzer, schwerer Krankheit zu sich zu rufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Kurt Müller.

Müllerhof, den 19. September 1922.
Post Sępólno (Zempelburg).

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. September, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus statt. 10319

Am Montag, den 11. September, nahm Gott mir meine unvergeßliche, ältester Tochte

Charlotte.

Sie starb an den Folgen eines Unglücksfalles.

Im Namen aller trauernden Angehörigen
Frau Oberamtmann Elisabeth Walter.

Wintersfelde, Kreis Greifenhagen, Pommern. 10333

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß unsere älteste Tochter und Schwester 10347

Olga Radtke

geb. Papke

im 40. Lebensjahre in Zossen am 8. d. Mts. verstorben ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Familie Papke
nebst Angehörigen.
Altjasnik.

---

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 197.

Bromberg, Sonnabend den 23. September 1922.

Pommerellen.

22. September.

Thorn (Toruń).

‡ **Ein größerer Kohlendiebstahl** wurde Mittwoch gegen abend an der Weichsel verübt. Auf dem Gleise der Uferbahn zwischen Brieftaubenstation und Brückentor standen fünf für die Militärverwaltung bestimmte Waggons mit Kohlen, die aus uns unbekannten Gründen während des Tages nicht entladen worden waren. Da die Waggons ohne jeden Wachtposten standen, benutzte eine große Anzahl Männer, Frauen und Kinder die „günstige Gelegenheit", um sich Kohlen für den eigenen Bedarf abzunehmen. Auf diese Weise sollen viele Zentner Kohlen gestohlen worden sein. **

‡ **Viehseuchen.** Die Geflügel-Cholera wurde in Nowo-Rogau unter dem Federvieh des Besitzers Szelicki festgestellt. — In Grębocin-Gramtschen wurde bei der gefallenen Kuh des Besitzers Chrzanowski Seuche und Tollwut festgestellt. **

‡ **Sturmschäden.** Der Mittwoch abend und in der Nacht zu Donnerstag tobende Sturm hat wieder viele Schäden verursacht. Abgesehen von heruntergerissenen Zweigen und Ästen wurden vereinzelt Bäume umgebrochen oder entwurzelt und in der Stadt viele Dachziegel auf die Straßen und Höfe geweht. Auch wurden von verschiedenen Geschäften und Wohnungen die Markisen losgerissen und teilweise ganz zerfetzt. Unter den Kastanienbäumen liegen die Kastanien wie gesät. **

‡ **Von der Weichsel.** Am Donnerstag früh betrug der Wasserstand 0,86 m über Null. **Keinerlei Schiffs-** oder Traftenverkehr. **

---

er. **Culm** (Chełmno), 20. September. Wegen des andauernden Regens war der heutige Wochenmarkt nur wenig beschickt. Butter kostete 1500 bis 1600 Mark, Eier 800 bis 900 Mark die Mandel. Kartoffeln waren nur in kleinen Mengen angeboten und kosteten 25 bis 30 Mark das Pfund; zentnerweise wurde nicht abgegeben. Gemüse war viel zu haben: Mohrrüben 30 Mark, Wruken 30 Mark, Pastinak 25 Mark, Weißkohl 50 Mark und Rotkohl 100 Mark je Pfund. Grüne Gurken waren mit 10 und 20 Mark, Senfgurken 40 bis 60 Mark das Stück zu haben. Zwiebeln kosten immer noch 100 Mark das Pfund. Obst war reichlich angeboten und kosteten Äpfel 20 bis 80 Mark, Birnen 50 bis 80 Mark, Pflaumen 40—80 Mark und Weintrauben 300 Mark das Pfund, Tomaten 150—200 das Pfund. Von Pilzen waren heute nur Rehfüßchen zu haben, Liter 100 Mark. Trotz fallender Schweinepreise in Posen ist das Schweinefleisch noch nicht billiger geworden; es kostet noch immer 900 bis 1000 Mark, Speck 1200 Mark, Rindfleisch 500 bis 600 Mark, Kalbfleisch und Hammelfleisch auch 600 Mark. — Neuerdings sind folgende Grundstücksverkäufe im hiesigen Kreise erfolgt: Frau Rittergutsbesitzer Bischoff, verwitwete Winter v. Adlersflügel auf Gelens (Jelenice) verkaufte ihr in der Culmer Stadtniederung (Kl. Lunau Nr. 8) belegenes Wiesengut an den Gutsbesitzer Waclaw v. Wolski für den Preis von 18 Millionen Mark. Der Besitzer Friedrich Haas verkaufte seine Besitzung Culmisch Neudorf (Nowawieś Chełmińska) Nr. 19 an den Besitzer Peter Piotrowski für den Preis von 1 Million Mark. — Frau Marie Lachow verkaufte ihre Besitzung Scharnese (Czarze) und Kisin (Grzyn) an den Besitzer Josef Sliwa aus Kongreßpolen für 8 Millionen Mark. — Der Ansiedler Hermann Müller aus Drzonowko verkaufte seine Besitzung an den Landwirt Stanislaw Ludrowicz aus Kleinpolen für den Preis von 6 300 000 Mark. Ansiedler Ludwig Eschner auch in Drzonowko verkaufte ebenfalls seine Besitzung an den Landwirt Jan Kolaza aus Kleinpolen für den Preis von 4 653 000 Mark. Frau Rentiere Clara Lehmann, früher hier wohnhaft, verkaufte ihre beiden Häuser Bahnhofstraße (ul. Dworcowa) Nr. 19 und Georgstraße (Swiętojańska) Nr. 1 nebst großen Fabrikräumen an den Fabrikanten German Trembicki für 3 500 000 Mark.

ff. **Aus dem Kreise Culm,** 21. September. Ein orkanartiger Sturm herrscht seit einigen Tagen, und hat besonders an den Obstbäumen großen Schaden angerichtet. — Mit der Kartoffelernte ist begonnen worden; sie ergibt sehr gute Erträge. Der Preis für Kartoffel ist daher sehr gefallen; so konnte man auf dem letzten Wochenmarkt den Zentner für 700 Mark erstehen. — Dr. Slaski-Wabcz hat sein Rittergut verpachtet; es hat eine Größe von ca. 4000 Morgen, Wald und Wiesen abgerechnet. Der Pachtpreis soll angeblich 1½ Zentner Roggen pro Morgen betragen.

* **Dirschau** (Tczew), 21. September. Ein Jahrmarkt fand heute auf dem Marktplatz statt. Im Verhältnis zu den letzten Jahrmärkten hatten sich dieses Mal schon etwas mehr Verkäufer eingefunden, namentlich solche aus Lodz, welche vornehmlich Tuche und Stoffe, Wolle, Anzüge, Mäntel, Schuhe und Stiefel und auch Leder feilhielten. Auch hiesige Kaufleute hatten einige Stände errichtet, so hauptsächlich mit warmer Unterkleidung, ebenso mit Stoffen und Wolle, Kurzwaren und Haus- und Küchengeräten. Die Kauflust war nicht sehr rege, trotzdem namentlich in Stoffen und Kleidungsstücken verhältnismäßig niedrige Preise verlangt werden. — Der Viehmarkt war nur ganz gering beschickt. Es waren nur einige minderwertige Pferde und ein paar Kühe aufgetrieben. Auch hier wurde fast gar kein Geschäft getätigt.

* **Dirschau** (Tczew), 20. September. Verhaftet wurde ein gewisser Herrmann Himmelschein, der sich fälschlich Moritz Rath nannte. H. war der Hauptbeteiligte bei dem vor einigen Monaten in Dirschau verübten Versuch der Anfertigung falscher Dollarscheine, über den seinerzeit berichtet wurde. Himmelschein gelang es damals zu flüchten und seitdem hielt er sich in Danzig auf. Sein neuerliches Auftauchen in Dirschau führte zu seiner Verhaftung.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz,** 20. September. In der Pomorskastraße ereignete sich vorgestern ein schrecklicher Unglücksfall. Der achtjährige Leib Olczyk, ein Zögling des Waisenhauses, lief über die Straße dicht vor der Straßenbahn und kam zu Falle. Der Maschinist konnte das Unglück nicht mehr abwenden und der Knabe geriet unter die Räder, die ihm beide Beine vom Körper trennten und den linken Arm zermalmten. Nach dem Hospital gebracht, verstarb der Waisenknabe.

*

Aus der Freistadt Danzig.

* **Danzig,** 20. September. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde der Antrag auf Verdoppelung der Straßenbahnfahrpreise angenommen, und beschlossen, den Betrieb der Linie Marktplatz—Langfuhr—Kurve ab 1. Oktober einzustellen. Angenommen wurden ferner die Anträge auf Schulgelderhöhung für die höheren und mittleren Lehranstalten sowie Erhöhung des Zuschusses für das Stadttheater um 4 Millionen Mark (auf 5¾ Millionen). Sodann wurden 60 Millionen zur Fertigstellung angefangener Wohnungsbauten bewilligt. Die Kanalgebühren wurden auf den vierfachen Betrag erhöht.

* **Danzig,** 21. September. Die hiesigen deutschen Zeitungen schreiben „Der Konflikt, der zu Beginn der vorigen Woche zwischen den Mitgliedern des Stadttheaters und der Danziger Presse entstanden war, ist jetzt durch befriedigende Erklärungen von beiden Seiten beigelegt worden. Wir werden infolgedessen in den nächsten Tagen die Besprechung der Aufführungen des Stadttheaters wieder aufnehmen."

Um die Warthe und Netze.

Der „Dziennik Bydgoski" und die „Rzeczpospolita" haben sich schon in mancherlei Dingen in gleicher Linie bewegt; jetzt treffen sie sich auch noch auf dem Wege zum Lächerlichwerden, indem sie furchtbar sensationelle Meldungen bringen. Der „Dziennik Bydgoski" schreibt in Nr. 201:

„Aus Posen hat die „Rzeczpospolita" folgende Mitteilung erhalten: Ich erfahre aus sehr glaubwürdiger Quelle, daß man hier mit Verwunderung und Beunruhigung das unverständliche Schwanken des Kriegsministeriums festgestellt hat betreffs der deutschen Forderungen wegen der Internationalisierung der Warthe und Netze. Bekanntlich ist auf Grund des Art. 331 des Versailler Vertrages die Oder internationalisiert, und mit der Durchführung derselben befaßt sich eine besondere internationale Kommission, in welcher der Vertreter Polens der Admiral Wawel ist. In diesem Art. des Versailler Vertrages ist auch erwähnt die Möglichkeit einer Internationalisierung der Zuflüsse der Oder, aber nur solcher, die mehr als einem Staate den Zugang zum Meere öffnen. Deutschland hat die Internationalisierung der Warthe und der Netze verlangt, was offenbar dieser Bestimmung widerspricht. Sowohl das Ministerium des Äußeren, wie auch das Ministerium der öffentlichen Arbeiten sind entschieden dagegen. Man hat auch um die Meinung des Kriegsministeriums gefragt, da eine solche Internationalisierung der Flüsse in Polen offenbar sehr wichtig ist für die Verteidigung des Staates. Nun hat man in diesen Tagen in Posen erfahren, daß General Rybak, der zeitweise in Vertretung des Generals Sosnkowski und des Generals Sikorski das Kriegsministerium leitet, sich geneigt zeigt, die unberechtigten und für den Staat gefährlichen Forderungen Deutschlands zu befriedigen, übrigens mit seiner Meinung ganz allein stehend und gegen die Meinung aller polnischen Referenten in allen Ministerien."

Massenmörder vor Gericht.

Im Januar dieses Jahres berichteten wir von einem achtfachen Raubmord, der an der Familie Jantz aus Bromki (Kreis Schwetz) begangen wurde. Die Täter, alles Mitglieder der Familie Jankowski, wurden bald darauf ermittelt, und es stellte sich heraus, daß von ihnen schon viele Kirchenräubereien, Pferdediebstähle und Raubmorde in mehreren Kreisen Pommerellens begangen worden sind. Ihre Untaten sind alle in der Nachrevolutionszeit verübt worden, und es sei hier nur der Mord an dem Ehepaar Rosenberg in Zurowy Młyn (Kreis Schwetz) erwähnt, sowie der an der Familie Bloch, bestehend aus 8 Personen, aus Plywaczewo. Die Morde wurden mit bestialischer Grausamkeit, zum Teil ganz ohne Grund verübt.

Vor der Strafkammer in Graudenz begannen am Dienstag die Verhandlungen gegen die Mörderfamilie. Auf der Anklagebank sitzen: der Vater Franz Jankowski, die Söhne Stanislaw und Antoni, die Tochter Bronislawa Jankowski, die sich in anderen Umständen befindet (durch ihren eigenen Vater vergewaltigt), ferner Marjanna Graudt und ihr Mann Albert Graudt, der Schwiegersohn des Jankowski und außerdem Peter Rejewski und Johann Piątek.

Bei der Vernehmung gestehen die Angeklagten ihre Verbrechen zum größten Teil ein, leugnen jedoch auch einige ihnen zur Last gelegten Verbrechen ab. Am zweiten Verhandlungstage, Mittwoch, begann die Vernehmung der Zeugen, etwa 30 an der Zahl.

Aus dem Gerichtssaale.

* **Drei Jahre Zuchthaus für einen Kommunisten.** Seinerzeit verhaftete die Polizei in Lodz einen gewissen Leon Posner, bei dem während einer Haussuchung kommunistische Aufrufe, ein Revolver und ein Siegel des Verbandes der kommunistischen Jugend gefunden wurden. Außerdem fand man in seiner Wohnung kommunistische Broschüren und Zeitungen. Dieser Tage hatte sich Posner vor dem Bezirksgericht in Lodz zu verantworten und wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Kleine Rundschau.

* **Der König von Italien fördert die deutsche Kunst.** Der König erwarb auf der internationalen Kunstausstellung in Venedig mehrere deutsche Werke, darunter ein Porträt Max Klingers, eine Bronze von Georg Wrba und ein Porträt Richard Strauß von Max Liebermann und schenkte sie der internationalen Galerie moderner Kunst in Venedig.

* **Noch nie dagewesen.** Aus Rinteln (Westfalen) wird gemeldet: Ein Mann schlief, ermüdet von des Tages Last und Mühen und beschwert mit einem entsprechenden Quantum Bier, auf einer Promenadenbank den Schlaf des Gerechten. Als er erwachte, bemerkte er zu seinem Schrecken, daß ihm ein Gauner sein falsches Gebiß aus dem Munde heraus gestohlen hatte.

* **Der „geistige Arbeiter".** Ein Schwerarbeiter erzählte einem Arzt, er verdiene täglich etwa 800 Mark. Der Arzt fragte ihn: „Was meinen Sie denn, daß ich von Rechts wegen verdienen müßte?" — Der Arbeiter sagte: „So 300 Mark; denn das bißchen Einspritzen und dergleichen, das strengt doch nicht an!"

Handels-Rundschau.

Polnische Anleihe für Eisenbahninvestitionen. Nach Warschauer Blättern hat ein englisch-belgisches Konsortium der polnischen Regierung eine langfristige Anleihe von 2 Millionen Pfund Sterling für Eisenbahninvestitionen angeboten. Das Kapital soll im Laufe von 15 Jahren bezahlt werden. Eine der Hauptbedingungen der Anleihe soll die Notwendigkeit sein, Ankäufe von Eisenbahnmaterialien bei englischen und belgischen Firmen zu machen.

Polnisch-russische Handelsbeziehung. Warschau, 20. September. Wie „Le Journal de Pologne" erfährt, hat eine Lodzer Firma von der Sowjethandelsmission für 300 Millionen polnische Mark Aufträge für Winterkleidung und Leinenwaren erhalten.

Die Ausfuhr von Mineralölen aus Rußland. Das russische Petronefti-Syndikat beginnt mit der Ausfuhr von Mineralölen ins Ausland. So werden in nächster Zeit 180 000 Pud Maschinenöl nach Deutschland verfrachtet werden. Desgleichen werden in Finnland Verhandlungen über den Verkauf von 40 000 Pud Spezialölen, welche in Petersburg hergestellt werden, geführt.

Von der Torfgewinnung im russischen Nordwestgebiet. Der „Iswestija" zufolge ergab die Ausbeute der Torfmoore im russischen Nordwestgebiet in diesem Jahre glänzende Resultate. Es sind mehr als 13 Millionen Pud Torf gewonnen worden. Die Ausbeute ist zehnmal so hoch als in der Vorkriegszeit. Der Ausbeutevoranschlag ist mit 107 Prozent erfüllt worden. In den Torfmooren wurden 2000 Arbeiter beschäftigt.

Russisch-polnischer Handel. Moskau. Einer Meldung der „Iswestija" zufolge ist in Kiew aus Warschau kommend der bevollmächtigte Vertreter der Polnisch-Tschechischen Gesellschaft für den Handel mit Rußland eingetroffen. Die Gesellschaft eröffnet in Kiew ein Kommissionswarenlager.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 21. Septbr. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. — Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen 30 000—32 000, Roggen 17 000—18 000, Braugerste 18 000 bis 19 000, Hafer 19 000—19 500 M., Fabrikkartoffeln 2000 M., Speisekartoffeln 2600 M., Felderbsen 40 000—45 000 M., Viktoriaerbsen 50 000—54 000 M., Weizenmehl (65proz.) 50 000—52 000 M., Roggenmehl (70proz.) 29 000—29 500 M. (inkl. Säcke), Weizenkleie 10 000 M., Roggenkleie 10 000 M., Getreidestroh, lose 5000 M., do. gepr. 5600 M., Heu, lose 6800 M., do. gepr. 7500 M.

Fortlaufende Geschäftslosigkeit. — Stimmung: schwächer.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	21. Septbr.		20. Septbr.		Münz-Parität.
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . 100 Guld.	54631,60	54768,40	56828,85	56971,15	168,74 M
Buenos Aires 1 P.-Pes.	494,37½	495,62½	519,35	520,65	1,78 „
Belgien . . . 100 Frcs.	10112,30	10137,70	10486,85	10513,15	81,00 „
Norwegen . 100 Kron.	24069,85	24130,15	25118,55	25181,45	112,50 „
Dänemark . . 100 Kron.	29662,85	29737,15	30362,10	30438,00	112,50 „
Schweden . . 100 Kron.	37503,05	37596,95	38851,35	33948,65	112,50 „
Finnland . . 100 fin. M.	3106,10	3113,90	3186,00	3194,00	81,00 „
Italien . . . 100 Lire	5942,55	5957,85	6142,20	6157,70	81,00 „
England . . . 1 P. Sterl.	6242,15	6257,85	6491,85	6508,15	20,43 „
Amerika . . . 1 Dollar	1393,25	1396,75	1463,16	1466,84	4,20 „
Frankreich . . 100 Frcs.	10761,50	10788,50	11186,00	11214,00	81,00 „
Schweiz . . . 100 Frcs.	26117,30	26182,70	27315,80	27384,20	81,00 „
Spanien . . . 100 Peset.	21223,50	21276,50	22022,40	22077,60	81,00 „
Deutsch-Oest. abgest.	1,90½	1,94½	1,93	1,97	85,06 „
Prag . . . . 100 Kron	4434,35	4505,65	4569,25	4580,75	85,06 „
Budapest . . 100 Kron.	56,42	56,58	57,67	57,83	85,06 „

Kurse der Posener Börse vom 21. September. Offizielle Kurse: 4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka) 155—150. Kwilecki, Potocki i Ska. 375—380. Bank Przemysłowców 200. Bank Zw. Spółek Zarobk. 1.—9. Em. 220. Pozn. Bank Ziemian 1.—4. Em. 180—170. Arcona 380. Browar Krotoszyński 1550. H. Cegielski 1.—8. Em. 375. Centrala Skór 270—260. C. Hartwig 190. Hartwig Kantorowicz 750—770. Hurtownia Skór 1.—2. Em. 240. Herzfeld-Viktorius 370—380—375. Dr. Roman May 1450—1490 bis 1435. Orient 150. Pozn. Spółka Drzewna (exkl. Zukaufsrecht 1.—5. Em. 620. Sarmatia 1.—2. Em. 400—430. Wytwornia Chemiczna 1.—3. Em. 125—130. Zjedn. Browary Grodziskie 245—250.

Warschauer Börse vom 21. Septbr. Schecks und Umsätze: Belgien 551—562. Danzig 5,45—5,32½. Berlin 5,45 bis 5,32½. London 34 000—33 900—34 250. Neuyork 7600-7650-7600. Paris 592,00—602—595. Prag 232—238—236. Wien (für 100 Kronen) 10,50—10,00. Schweiz 1460—1445. Italien —,—. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollars der Vereinigten Staaten 7620 b. 7580. Englische Pfund —. Tschechoslowakische Kronen —. Kanadische Dollars —. Belgische Franks —,—. Französische Franks —,—. Deutsche Mark 5,40—5,37½.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 21. Septbr. Holl. Gulden 52 947,00 Geld, 53 053,00 Brief. Pfund Sterling 6093,90 Gd., 6106,10 Br. Dollar 1373,62 Gd., 1376,38 Br. Polennoten 18,97 Gd., 19,03 Br., Auszahlung Warschau 18,62 Gd., 18,63 Br., Auszahlung Posen 18,34½ Gd., 18,40½ Br. Paris —,— Geld, —,— Brief.

Schlußkurse vom 21. Septbr. Danziger Börse: Dollarnoten 1390 Geld, 1400 Brief. Polennoten 18½ Geld, 18¾ Brief. Neuyorker Börse: Deutsche Mark 0,07½ (Parität 1403,51).

Kursbericht.

Die Polnische Landesdarlehnskasse zahlte heute für deutsche 1000- u. 100-Markscheine 500, für 50-, 20- u. 10-Markscheine 480, für kleine Scheine 400. Gold 1456. Silber 236.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 21. Septbr. bei Toruń (Thorn) + 0,83, Fordon + 0,67, Chełmno (Culm) + 0,61, Grudziądz (Graudenz) + 0,72, Kurzebrack + 1,16, Montau + —, Pieckel + 0,69, Tczew (Dirschau) + 0,70, Einlage + 2,20, Schiewenhorst — 2,58. Zawichost am 20. Septbr. + 1,55 Meter. Kraków am 18. Sept. — 2,10 Meter. Warszawa am 19. Sept. + 1,42 Meter. Płock am 19. Septbr. — 0,85 Meter.

Kirchenzettel.

Sonntag, den 24. Sept. 1922. (15. Sonntag n. Trinitatis.). * Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier. Fr. = T. = Freitaufen.

Bromberg. Paulskirche. 10: Pf. Dr. Mühlmann*. 12: Kdr.-Gottesdienst. Donnerstag, abds. 8: Bibelstunde im Gemeindeh., Pf. Wurmbach.

Ev. Pfarrkirche. 10: Pf. Flatau. 12: Kinder-Gottesdienst. 5: weibl. Jugendpflege, Elisabethstr. 9. Dienstag, abds. 7½: Blaukreuz-Versammlung im Konfirmanden-Saale.

Christuskirche. 10: Pf. Wurmbach. Taufen. ½12: Kdr.-Gottesdienst. Osielsk, nachm. ¼4: Gottesdienst.

Ev.-luth. Kirche, Posenerst. Vorm. 10: Lesegottesdienst. Freitag, abds. 7½: Bibelstunde.

Landeskirchl. Gemeinsch. Fischerstraße 8b. Nachm. 3½: Jugendbund f. E. C. 5 Uhr: Kinder-Missionsfest f. jedermann. Mittwoch, abds. 8: Bibelstunde. Freitag, abds. 8: Gesangsstunde.

Ev. Gemeinsch., Libelta (Bachmannst.). 9½: Gottesdienst. 11: Sonntagsschule. Nachm. 4: Unterhaltungsabend, Prediger Harriefeld. Dienstag, abds. 7: Gemischt. Chor. Freitag, abds. 8 Uhr: Bibelbesprechung.

Bapt.-Gem., Pomorska 26. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pred. Becker. Nachm. 4 Uhr: Kinderbibeltag. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Betstunde.

Vortragssaal, Sienkiewicza (Mittelstr.) 68, 1. Sonntag, Mittwoch und Freitag, abds. 8: Vortrag bzw. Bibelstunde.

Schleusenau. 10: Hauptgottesdienst. 11½: Kinder-Gottesdienst. 12¼: Fr. = T. Nachm. 4 Uhr: Jugendbund für E. C. 6: Erbauungsstunde den Blaukreuzverein.

Prinzenthal. 8 Uhr: Gottesdienst.

Jägerhof. 8: Gottesdienst. Der Kindergottesdienst fällt aus.

Weino. 10 Uhr: Gottesdienst.